

Änderungsantrag

der Abgeordneten Michaela Hustedt, Ursula Schönberger, Kristin Heyne und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997
– Drucksachen 13/5200 Anlage, 13/5836, 13/6016, 13/6025, 13/6026, 13/6027 –

hier: Einzelplan 16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 16 07 „Bundesamt für Strahlenschutz“ werden in der Titelgruppe 03 „Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle“ folgende Titel gesperrt:

- Titel 712 32 „Errichtung von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle (Konrad)“ in Höhe von 204,014 Mio. DM,
- Titel 712 33 „Errichtung von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle (Gorleben)“ in Höhe von 197,525 Mio. DM,
- Titel 712 34 „Ausbau des Endlagers Morsleben“ in Höhe von 82,778 Mio. DM,
- Titel 712 35 „Errichtung von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle (projektübergreifende Maßnahmen)“ in Höhe von 3,187 Mio. DM.

Bonn, den 29. Oktober 1996

Michaela Hustedt
Ursula Schönberger
Kristin Heyne
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Weitere finanzielle Investitionen in die atomare Entsorgung und atomare Endlager sind bis zur Einigung über einen kurzfristig zu vollziehenden Ausstieg aus der Atomenergie zurückzustellen. Der Ausstieg aus der Atomenergie – der seit Jahren von einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung unterstützt wird – ist notwendig, um die atomare Bedrohung zu beenden, das ungelöste Entsorgungsproblem für Atommüll zu begrenzen und die gegenwärtige Innovationsblockade bei der Verwirklichung einer dezentralen Energieversorgung zu durchbrechen. Denn nur durch den Abbau der in den vergangenen Jahrzehnten künstlich aufgebauten Überkapazitäten in der Stromversorgung kann der Weg für eine zunehmend regenerativ gestützte Energieversorgung geöffnet werden.